



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

6. Dezember 2021
Bossart Rolf

P 450 Postulat Candan Hasan und Mit. über den Erhalt und die Förderung der Trockenwiesen und Trockenweiden im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Hasan Candan: Es gibt immer weniger Trockenweiden und Trockenwiesen in diesem Kanton. Früher gab es sie überall, aber sie haben in den letzten 100 Jahren um 95 Prozent abgenommen, genauso wie die Auen und Moorgebiete. Sie erfüllen sehr wichtige Funktionen für das Ökosystem und bieten Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten. Im Postulat fordere ich eine Aufgabe, die wir im Planungsbericht Biodiversität hätten angehen müssen, aber es leider nicht getan haben, weil wir zu wenig Geld hatten. Jetzt haben wir mehr Geld, schenken es aber lieber den Reichen, als für die Biodiversität zu sorgen. Das Postulat möchte, dass wir die Trockenwiesen und Trockenweiden besser schützen, wiederherstellen und fördern. Wenn man die Stellungnahme liest, findet man viele Argumente dafür, dass die Regierung das Postulat eigentlich unterstützen sollte. Sie sagt, dass es ein Problem ist, dass viele Flächen von Landwirtinnen und Landwirten aufgegeben werden, weil es sich nicht mehr lohnt, diese zu bewirtschaften. Da müssen wir Massnahmen ergreifen, um die Landwirtinnen und Landwirte bei dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen, welche sie für die Gesellschaft erfüllen, anstatt hier Abstriche zu machen. Als zweites Argument wird auch erwähnt, dass noch nicht überall die Pflege mit Verträgen sichergestellt ist. Das wäre ein weiteres Argument für die Unterstützung dieses Vorstosses. Aber das wichtigste Argument habe ich bei meinen Recherchen gefunden: Die Kantone wurden zur Umsetzung der Biotopinventare von nationaler Bedeutung befragt. Die Ergebnisse wurden in einer Tabelle zusammengefasst, die auch den Kanton Luzern enthält. Der Kanton Luzern musste einschätzen, wie es mit der Umsetzung aussieht, unter anderem bei Trockenwiesen und Trockenweiden. Blau bedeutet vollständig umgesetzt und Orange ungenügend umgesetzt. Bei den Trockenwiesen ist alles orange. Der Kanton sagt in seinem eigenen Bericht, dass die Massnahmen dort ungenügend umgesetzt wurden, lehnt das Postulat aber trotzdem ab. Das verstehe ich nicht. Ich hoffe, dass ich diesen Rat überzeugen konnte, dieses Postulat zu unterstützen und diese wirklich wertvollen Lebensräume in diesem Kanton zu erhalten.

Thomas Meier: Die Konzentration der Kräfte gilt es auch bei der Biodiversität zu befolgen. Auch Hasan Candan könnte sich diesen Vorsatz bei seiner Vielzahl von Vorstössen zu Herzen nehmen. Natürlich anerkennen wir das Bedürfnis, Trockenwiesen und Trockenweiden möglichst zu schonen und zu fördern. Das wird vom Kanton auch schon möglichst gut gemacht. Entsprechende Pflegeverträge mit Grundstückbesitzern laufen. Ob jetzt eine weitere Strategie den Trockenwiesen und Trockenweiden helfen wird, darf bezweifelt werden. Erst im Januar 2020 haben wir den Planungsbericht Biodiversität mit der tatkräftigen Unterstützung der FDP verabschiedet, der unter anderem dem Moorschutz eine

grosse Bedeutung einräumt. Der grösste Hebel liegt entsprechend bei der Förderung der Nassmoore, welche im Kanton Luzern die grösste Fläche verzeichnen und nicht überall etwas verstreut. Die FDP-Fraktion wird das Postulat einstimmig ablehnen.

Valentin Arnold: Es ist zwar löblich, dass sich der Regierungsrat für den Schutz der Moore einsetzt, wie er in der Antwort schreibt, und dass er auch schon für Trockenwiesen einiges getan hat. Aber Biodiversität ist viel umfassender, und vor allem ist sie nicht etwas, das man auslagern oder importieren kann. Die Einsicht im Kanton wäre eigentlich da, wenn man den Planungsbericht über die Erhaltung und Förderung der Biodiversität B 1 liest, und es wird einiges getan. Aber anstatt mehr Mittel für die Biodiversität bereitzustellen, braucht man das Geld lieber für ein Vorwahlgeschenk einer Steuersenkung. Ich möchte kurz drei Zitate aus dem Planungsbericht B 1 vom 2. Juli 2019 vorlesen. Erstens: «Es ist eine Realität, dass die momentan laufenden Naturschutzbemühungen nicht ausreichen, um den Biodiversitätsverlust zu stoppen.» Zweitens: «Um den anhaltenden Biodiversitätsrückgang aufhalten zu können, stehen zu wenig Mittel zur Verfügung.» Drittens und für mich am wichtigsten: «Die im Mittelland eigentlich zu erwartende typische Vielfalt wird mehr und mehr durch die Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung und die intensive Kulturlandnutzung bedrängt und verschwindet.» Die grösste Gefahr für die Biodiversität, auch für die Trockenwiesen im Kanton Luzern, ist also die Politik des ewigen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums. Wenn Menschen zur alles dominierenden Art werden, verschwindet die Biodiversität. Gewerbe- und Infrastrukturbauten verschlingen immer mehr Flächen. Geht diese Entwicklung ungebremst weiter, wird das Motto «Stadt und Land, ein Kanton» tatsächlich wahr. Es gäbe keinen Stadt-Land-Graben mehr, dafür ein flächendeckender Siedlungsbrei. Die G/JG-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats.

Thomas Grüter: In seinem Postulat fordert Hasan Candan die Regierung auf, wertvolle Trockenwiesen und Trockenweiden besser zu schützen, wiederherzustellen und zu fördern. Er sagt in seiner Begründung selbst, dass der Kanton Luzern gemäss eidgenössischem Inventar bereits etwa 100 Hektaren Trockenwiesen und Trockenweiden hat. In der Stellungnahme der Regierung kommt noch etwas Spezielles dazu: Der Kanton Luzern hat gemäss seiner geografischen und klimatischen Lage vor allem wassergeprägte, feuchte und wechselfeuchte Lebensräume. Der Kanton trägt sogar eine im nationalen Kontext überdurchschnittliche Verantwortung in diesem Bereich. Ich verstehe den Rückgang von 95 Prozent der Trockenwiesen und Trockenweiden in den letzten 100 Jahren nicht. Man spricht immer vom Rückgang der Biodiversität, aber in den letzten 30 Jahren wurden gesamtschweizerisch Tausende Hektaren Biodiversitätsflächen geschaffen. Jeder Landwirt muss im Minimum 7 Prozent erfüllen. Hier wurden viele Mittel hineingesteckt. Man kann nicht immer sagen, dass nichts gemacht werde, die Flächen zurückgingen und man keine Mittel bereitstellen würde. Zusätzlich sind auch Vernetzungsprojekte erstellt worden. Darum liegt der Fokus in der Biodiversitätsstrategie vor allem auf diesen Lebensräumen. Die geforderten Massnahmen für Trockenwiesen und Trockenweiden erfolgen aber im Rahmen der Aufgabe der Naturschutzfachstelle. Der Postulant erwähnt weiter auch selbst, dass wegen der Klimaerwärmung in Zukunft mit einem trockeneren Klima und weniger Niederschlägen zu rechnen ist. Das entspricht genau den Bedürfnissen der Trockenwiesen und Trockenweiden. Diese Flächen sollen noch mehr aufgewertet werden, nachdem auch dort bereits der Trockenheit angepasste und hitzeresistente Arten vorhanden sind, die sich selbst angepasst haben. Sogar die Gemeinden werden verpflichtet, die Flächen, die bereits inventarisiert sind, im Rahmen der Ortsplanung den Naturschutzzonen zuzuweisen. Weiter sind die Flächen zum Teil schwer zugänglich, und der landwirtschaftliche Nutzen ist sehr gering. Das Ganze ist mit Auflagen verbunden, die kontrolliert werden. Die Flächen sind gemäss Bundesverordnung inventarisiert und die Datengrundlagen hinterlegt. Zum Schluss besteht sogar ein Projekt zur Aufwertung und Pflege von landwirtschaftlich genützten Trockenwiesen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass zum Schutz dieser Flächen die Hausaufgaben gemacht wurden. Es wird viel Wirbel um etwas gemacht, das bereits organisiert wurde. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Haltung der Regierung und lehnt das

Postulat ab.

Urs Brücker: Vor eineinhalb Jahren, in der März-Session 2020, haben wir den Planungsbericht Biodiversität mit 95 zu 17 Stimmen neutral zur Kenntnis genommen. In sieben Handlungsfeldern haben wir dort diverse Massnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität beschlossen und die benötigten finanziellen und personellen Ressourcen gesprochen. Der Regierungsrat muss vor unserem Rat alle fünf Jahre Rechenschaft über die Umsetzung ablegen. Das ist dann auch der Moment für eine Beurteilung und eine allfällige Anpassung der beschlossenen Massnahmen. Auch wenn mit dem Bericht und den Massnahmen nicht alle Forderungen aus der damaligen Beratung umgesetzt wurden, ist es in den Augen der GLP wenig sinnvoll, in praktisch jeder Session über Vorstösse dieser Art zu debattieren. Die GLP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Sandra Meyer-Huwyler: Auch wir sind der Meinung, dass wir alle zu unseren Naturschutzobjekten Sorge tragen müssen. Aber die Stellungnahme der Regierung lässt erahnen, dass schon viel läuft in Bezug auf Trockenwiesen und Trockenweiden, auch ohne definierte Massnahmen im Planungsbericht Biodiversität. Der Schutz erfolgt im Rahmen der ordentlichen Aufgaben der Naturschutzfachstelle. Das aktuelle Vorgehen mittels Naturschutzverträgen ist sicher gut, damit die bestehenden inventarisierten Objekte erhalten und bestmöglich von den Bewirtschaftern in Zusammenarbeit mit den Fachpersonen gepflegt werden. Zusammenfassend: Das geforderte Vorgehen des Postulats entspricht schon heute in grossen Teilen der Wirklichkeit. Somit unterstützt die SVP-Fraktion die Haltung der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es wurde sehr vieles gesagt, ich halte mich daher kurz. Trockenwiesen und Trockenweiden haben ihren ökologischen Wert, das ist unbestritten. Der Kanton Luzern ist aber eher mit Flächen der anderen Sorte gesegnet, nämlich mit wassergeprägten Flächen und Mooren. Da haben wir auch klar eine Priorität. Wir sind uns aber der Verantwortung bezüglich Trockenwiesen und Trockenweiden durchaus bewusst. Wir stellen jedoch fest, dass die Gemeinden verpflichtet sind, Trockenwiesen und Trockenweiden von regionaler und nationaler Bedeutung der Naturschutzzone zuzuweisen, und das wird auch gemacht. Mit den Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern werden entsprechende Pflegeverträge abgeschlossen. Die Flächen sind auch korrekt nach den Vorgaben des Bundes erfasst. Wir haben hier also eine sehr gute Datengrundlage für eine Beurteilung der Situation. Wir räumen der Pflege und dem Erhalt der inventarisierten Flächen die entsprechende Priorität ein, sehen darüber hinaus aktuell aber keinen erweiterten Handlungsbedarf und beantragen Ihnen, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 76 zu 32 Stimmen ab.